

Foto: Philipp Wohlfeil



Eine Turnhalle in Altglienicke wird zulasten des notwendigen Ergänzungsbaus für die Johannisthaler Hans-Grade-Schule (Foto) finanziert.

Grüne stimmen faulem Kompromiss zu **Straße statt Schule**

Zu Beginn des Jahres haben die Bezirksverordneten über die Investitionsplanung beraten. Neben Straßen und dem Bau einer Bibliothek stehen vor allem Schulgebäude auf dem Programm. Im Schulausschuss beantragte die SPD, den Bau einer Turnhalle an der Anne-Frank-Schule in Altglienicke um ein Jahr vorzuziehen. In der Sitzung berichtete ein Schüler des Gymnasiums, dass wegen der geringen Kapazitäten Sportunterricht bereits um sieben Uhr morgens und bis spät in den Nachmittag hinein erteilt werden müsse. Die erforderlichen Mittel erbrachte die SPD durch die Verschiebung eines Ergänzungsbaus für die Johannisthaler Hans-Grade-Sekundarschule.

„DIE LINKE hat bereits im Schulausschuss dargelegt, dass sie beide Maßnahmen für dringend hält“, erklärt der Fraktionsvorsitzende Philipp Wohlfeil. Denn gerade in Sekundarschulen stiegen die Schülerzahlen stark. Finanzierungsvorschlag seien die Mittel, die für die Anbindung einer weiteren Brücke in Schöneweide zwischen Ostend- und Schnellerstraße vorgesehen sind. Zwar lehnt die Partei diese Verbindung ab,

weil sie mehr Verkehr in der Wilhelminenhofstraße befürchtet. Da aber vor 2015 ohnehin nichts gebaut werde, könnte das Geld zunächst für den Schulbereich verwendet werden. Ein im Haushaltsausschuss erreichter Kompromiss, der nicht zweckgemäß verausgabbare Mittel automatisch in eine zügige Errichtung des zusätzlichen Schulgebäudes in Johannisthal fließen lassen sollte, wurde in der BVV durch die Zählgemeinschaft aus SPD, CDU und Grüne aufgekündigt. Erhebliche Ausgabeveränderungen sollten lediglich zu einer neuen Beratung führen. Die Investitionsplanung wurde schließlich gegen die Stimmen von Linken und Piraten beschlossen. Bei den Grünen gab es eine Ja-, einzelne Nein-Stimmen, Enthaltungen und eine Abstimmungsverweigerung, um die Mehrheit der Zählgemeinschaft nicht zu gefährden. „Die Prinzipienlosigkeit der Grünen ist schon tragisch. Im Ausschuss stimmen sie gegen die Investitionsplanung, weil zu viel Geld für Straßen ausgegeben werde und in der BVV verhelfen sie einem faulen Kompromiss zulasten der Schule zur Mehrheit“, ärgert sich Wohlfeil. ■■ jr

Liebe Leserinnen und Leser

In den letzten Jahren hatten wir in zahlreichen Ausgaben des blättchen Treptow-Köpenick das „Landes-Info“ als Einlage des Landesverbandes DIE LINKE. Diese Beilage wurde zum Jahresbeginn eingestellt. Dafür wird es mehrmals im Jahr eine eigene Landeszeitschrift geben, die wir aber nicht dem blättchen beilegen können. Wir werden aber jeweils über das Erscheinen informieren. Sie ist dann jeweils an unseren Info-Ständen oder in den beiden Büros Allendeweg und Brückenstraße erhältlich. Im „blättchen“ werden wir Sie weiterhin über die Politik in unserem Bezirk informieren.

Ihre Redaktion

Gefährdung durch Leuchtwerbung

Werbefeln können mit ihrer starken Leuchtkraft einige negative Effekte in ihrer Umgebung auslösen. So klagen Anwohnerinnen und Anwohner, denen eine Reklametafel des Nachts die Wohnung erhellt, oft über die Lichtbelästigung. Die oft mit neuer und deshalb besonders heller LED-Technik bestückten Paneele haben mit ihren hellen und schnellen Farbwechseln jedoch auch negative Auswirkungen auf den Autoverkehr. „Verkehrsteilnehmer werden durch die hohe Helligkeit geblendet oder durch die schnellen Veränderungen auf den Bildschirmen abgelenkt, obwohl ihre Aufmerksamkeit doch auf der Verkehrssituation liegen sollte“, begründet Tino Oestreich, aus der Fraktion DIE LINKE, seinen Antrag.

IN DIESER AUSGABE

- Seite 3: Geschichte der langen Nase
- Seite 4: JOB Werkstatt Mädchen
- Seite 5: Kitahaus in Grünau eröffnet
- Seite 6: Gefangene einer falschen Standortentscheidung
- Seite 8: Kiezassen für kleine Projekte
- Seite 9: Kunstverein war Ehrengast

Ferienwohnungen und Luxussanierungen begrenzen **LINKE und Grüne wollen Milieu schützen**

Ein spannungsgeladenes Themenfeld auf der Tagessordnung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) provozierte zahlreiche Einsprüche von Bürgerinnen und Bürgern und eine lange Debatte unter den Verordneten. Auslöser war ein gemeinsamer Antrag von Grünen und Linken, eine Milieuschutzsatzung für Alt-Treptow zu erlassen. Mit einer solchen könne man, argumentierte der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Philipp Wohlfeil, wie in Pankow Zweckentfremdungen wie Ferienwohnungen und Luxussanierungen begrenzen. Das sei Voraussetzung für die vom Senat geplante Genehmigungspflicht für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Ziel sei es, dass Einkommensschwache nicht aus dem Kiez um die Karl-Kunger-Straße verdrängt würden. Auch der Bezirk habe Anteil an hohen



Mieten, da er durch die übermäßige Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel und durch Verkehrsprojekte dem Wohnungsmarkt Flächen für Neubau entzogen habe. Letztlich sei es, so Wohlfeil weiter, eine Entscheidung darüber, in welcher Art Stadt man leben wolle: solidarisch miteinander oder sozial entmischt. Während sich Grüne und Piraten dieser Einschätzung anschlossen, wünschte sich CDU-Fraktionschef Christian Schild „Münchener Verhältnisse“ für den Treptower Norden. Schließlich sei München eine prosperierende Metropole. Die SPD bemängelte die nicht ausreichende Diskussionszeit für den ein Jahr zuvor eingebrachten Antrag und bezweifelte die erhoffte Wirkung. Auch auf mehrfaches Nachfragen konnten die Kritiker allerdings keine Alternativen zu dem beantragten Milieuschutz benennen. Die Fraktionen einigten sich dennoch, erneut im Ausschuss zu beraten. „Wir stehen einem Diskussionsprozess nicht im Weg“, betonte Wohlfeil und fordert allerdings sub-

stantielle Verbesserungsvorschläge und nicht nur den Versuch, den Antragsstellern den Milieuschutz auszureden.

Aus Anlass des Antrags hatten Aktivistinnen und Aktivisten der Bürgerinitiative Herta Pappel zur Teilnahme an der BVV aufgerufen, Transparente gemalt, Handzettel vorbereitet und Bürgerfragen an das Bezirksamt gerichtet. Sie wollten zum Beispiel wissen, wie viele Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt wurden. Eine Antwort darauf blieb das Bezirksamt aber schuldig.

■ ■ jr

Fußgängerampel auf der Wassersportallee

Zunehmender Autoverkehr und lange Staus machen das Überqueren der Wassersportallee zu einem hindernisreichen Unterfangen. Besonders kleine Kinder, Eltern mit Kinderwagen oder Menschen mit eingeschränkter Mobilität haben es schwer, die Straße zu passieren. Des Weiteren führen Wege zu mehreren Einrichtungen über diese Straße. Darunter die Grünauer Schule, die Kindertagesstätte „Grüne Aue“ und das Familienzentrum in der Baderseestraße. „Durch die vielen sozialen Einrichtungen in der Nähe ist der Bedarf für eine sichere Querung der Wassersportallee stark gestiegen“, konstatiert Tino Oestreich, Antragsteller aus der Fraktion DIE LINKE. Eine Unterschriftenaktion für eine Querungsmöglichkeit, die seit Ende 2012 im Gange sei, liefere weitere Hinweise auf den starken Bedarf, so Oestreich.

Aus der BVV-Sitzung

Beschlossen:

VII/0335 Linksabbiegen von der Südostallee in Baumschulenstraße verbessern (DIE LINKE)

VII/0312 Personalabbau und Haushaltssituation zum Regionalen Entwicklungskonzept BER benennen (DIE LINKE)

VII/0214 Barrierefreie Haltestellen in der Altstadt herstellen (B90/Grüne)

in die Ausschüsse überwiesen

VII/0351 Gefährdung durch Leuchtwerbung verhindern (DIE LINKE, Piraten, Beitritt: B90/Grüne, SPD)

VII/0355 Bürgerbeteiligung stärken (SPD, Beitritt: DIE LINKE)

VII/0356 Rahnsdorfer Ruderfähre F24 erhalten und weiterbetreiben (DIE LINKE)

VII/0360 Eine Taktverdichtung der Buslinie 170 herbeiführen (DIE LINKE)

VII/0362 Eine bedarfsgesteuerte Fußgängerampel auf der Wassersportallee einrichten (DIE LINKE)

Bereits im Dezember beschlossen:

VII/0305 Nachtflugverbot, nach erfolgreichem Volksbegehren in Brandenburg, in Berlin erneut einfordern (DIE LINKE, Beitritt: B90/Grüne)

VII/0256 Regionales Entwicklungskonzept BER auf weitere Bezirksregionen erweitern (DIE LINKE)

VII/0314 Lichtsignal zum Rechtsabbiegen von der Schnellerstraße in die Karlshorster Straße (DIE LINKE)

VII/0316 Spielplatzkommission zur besseren Planung von Spielplätzen einsetzen (DIE LINKE)

In die Ausschüsse überwiesen:

VII/0331 Betreuungsbedarf im Schulort aus familiären, pädagogischen oder sozialen Gründen gewährleisten (DIE LINKE)

VII/0334 Gedenkorte der Köpenicker Blutwoche sanieren (SPD, Beitritt: DIE LINKE)

VII/0310 Veranstaltung zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus durch das Bezirksamt organisieren (DIE LINKE, Beitritt SPD)

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick
Monatszeitschrift des Bezirksverbandes und der BVV-Fraktion der Partei DIE LINKE Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Bernhard Brügger, Karin Franzke, Edith Karge, Helga Pett.
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt!
Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung
Druck: Druckerei Bunter Hund, Saarbrücker Straße 24, 10405 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 29. Januar 2013
Redaktionsschluss für „blättchen 189“: 26.2.2013
Ausgabebetrag blättchen 189: Do, 7. März 2013
Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanziert.



Am Gedenktag der Opfer des Nationalsozialismus, dem 27. Januar, fand am Denkmal der Köpenicker Blutwoche eine Gedenkveranstaltung der VVN-BdA Köpenick statt, bei der auch Bürgermeister Oliver Igel sprach. Uwe Doering, Abgeordneter der LINKEN im Abgeordnetenhaus (links) sprach bei der Veranstaltung der LINKEN in Oberschöneweide.

Die Geschichte der langen Nase

Pinocchio oder Buratino hatten, trotz ihrer fatalen Vorliebe zu lügen, ein markantes Zeichen. Wenn sie es taten, wuchs ihre Nase und alle konnten es sehen. Aha.

Wir haben in Treptow-Köpenick die Situation, dass der schwarz-rote Senat den Bezirken in Berlin einen dramatischen Personalabbau verordnet hat. Für unseren Bezirk sind das 309 Stellen im Bezirksamt, die bis 2016 abgebaut sein sollen. Wir reden von den Menschen, die die so genannte Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsunfähigkeit bewilligen, den Kita-Gutschein ausstellen, Grünanlagen pflegen oder einer Familie helfen, wenn sie in schwierigen Situationen nicht klar kommt. Leistungen, die wir alle mal benötigen könnten, die zu unseren Grundbedürfnissen zählen. Dafür hat sich der Begriff der öffentlichen Daseinsvorsorge durchgesetzt. Er meint alle diese Leistungen.

Nun haben bis jetzt 11 von 12 Berliner Bezirken mit der Senatsverwaltung für Finanzen, Senator ist der Herr Nußbaum – ja, der mit dem Geld in der Schweiz – Vereinbarungen abgeschlossen und in den Abbau des Personals eingewilligt. Alle, bis auf einen – unseren Bezirk Treptow-Köpenick. Im Bezirksamt herrschte Einigkeit darüber, dass man sich den Sparbeschlüssen des Senats nicht beugt. Soweit so gut. Die Sache hat einen kleinen Schönheitsfehler: Der Bürgermeister, Herr Igel, ist zugleich Vorsitzender der SPD in Treptow-Köpenick. Und der trifft sich regelmäßig mit „seinen“ Abgeordneten und seinem Bezirksamtskollegen sowie anderen wichtigen Sozialdemokra-

ten, um die Linie zu besprechen. Allerdings scheint die Linie bei der SPD nicht klar oder Herr Igel nicht so durchsetzungsfähig zu sein. Die Treptow-Köpenicker SPD-Abgeordneten haben jedenfalls im Abgeordnetenhaus alle gegen einen Antrag gestimmt, den Personalabbau abzusa-gen. In namentlicher Abstimmung, es ist nachlesbar. Frau Harant sowie die Herren Jauch, Nolte, Schaddach und Schreiber sind für den drastischen Abbau. Frau Haußdörfer hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Der Senat teilt auf eine Kleine Anfrage im Abgeordnetenhaus mit, alle Bezirke bis auf einen haben Vereinbarungen abgeschlossen – bis hierhin nichts Neues – diese dürfen nun auch wieder Personal einstellen, wenn Beschäftigte aufhören, in Rente gehen oder die Arbeitsstelle wechseln. Unser Bezirksamt darf das nicht. Was für ein Wahnsinn! Stellen Sie sich vor: Dort, wo Sie arbeiten, wird angekündigt, dass jede fünfte Stelle wegfällt. (Eins, Zwei...) Hätten Sie nicht auch das Bedürfnis zu schauen, ob es anderswo nicht besser ist und wenn sich die Gelegenheit ergibt, auch gleich zuzuschlagen? Das passiert in unserem Bezirksamt. Über 60 Stellen sind im letzten Jahr nicht besetzt worden, weil der Senat einer Neubesetzung nicht zustimmt. Beschäftigte gehen in Rente oder bewerben sich woanders hin. Die Arbeit in den Ämtern aber wird mehr und muss von weniger Kolleginnen und Kollegen geschafft werden. Arbeitsverdichtung nennt man das. Das „blättchen“ hat im Dezember draufhingewiesen: Leistungen können nicht mehr

erbracht werden, Bürgerinnen und Bürger stehen vor verschlossenen Türen oder müssen lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Und je mehr die Verunsicherung der Beschäftigten zunimmt, desto größer wird der „wilde Personalabbau“ sein.

Mittlerweile geht es längst nicht mehr nur um die abzubauenen 309 Stellen. Der Bezirk soll diszipliniert werden und sich nicht widersetzen. Das hat man im Senat nicht gern. Und Aufgaben, die wegen Personalmangels nicht mehr erfüllt werden, können ja ausgelagert, sprich: privatisiert, werden. Und mit Privatisierungen haben wir alle schon gewisse Erfahrungen gemacht. Meist keine guten.

Inzwischen tönte es von der Klausurtagung der SPD, dass man den Kollaps der Berliner Verwaltung verhindern müsse und die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus beschließt: „Die Berlinerinnen und Berliner haben das Recht auf eine funktionierende Verwaltung: sie ist für das Gemeinwesen wichtig, weil sie die lokale Daseinsvorsorge garantiert.“ Späte Einsicht – weit gefehlt. Alles nur Theaterdonner.

Zur Erinnerung: die SPD ist in der Regierung und stellt auch den Finanzsenator. Doch kein Abrücken von den abstrusen Forderungen. Der Bezirk hat zu liefern.

Warum spielt die SPD den Bürgerinnen und Bürgern und den Kolleginnen und Kollegen im Bezirksamt hier Theater vor? Und noch dazu schlechtes.

Schade, dass die lange Nase nur bei Pinocchio oder Buratino funktionierte. Es wäre auch für Sie einfacher!

■ ■ Carsten Schatz,
Bezirksvorsitzender
DIE LINKE Treptow-Köpenick



Karin Kant mit Jacqueline und Jenny (rechts) im Computerraum

JOB Werkstatt Mädchen im grünen Haus

Kiezzentrum mit Projekten für alle Generationen

Jenseits der viel befahrenen Oberspreestraße Richtung Schlossplatz liegt die ruhige Rudower Straße, die einen Friedhof begrenzt. Der Köpenicker Kiez gehört zur Köllnischen Vorstadt. Wo noch unsanierte Plattenbauten und verwilderte einstmalige Gewerbeflächen zu finden sind, springt ein Komplex von vier Flachbauten ins Auge. Seine Farbenpracht verblüfft und macht neugierig. Es ist ein Kiez- und Familienzentrum, im Sommer vorigen Jahres eröffnet. Grell rot leuchtet die Kita mit riesigen Fenstern. Im kleineren gelben Haus ein Kiezcafé für Jedermann. Hier gibt es täglich wechselnde Angebote, von Krabbelgruppe bis Contra-Dance, von Gitarrenkurs bis Stuhlgymnastik, von Kino bis Kaffeeklatsch. Daneben in grün die Job Werkstatt Mädchen und im vierten orangefarbenen Gebäude zusätzliche Kinderräume. In einem kleinen Zimmer mit separatem Eingang werden kostenlos Beratungen zu sozialen oder rechtlichen Problemen angeboten.

Der Sozialraum dieser Gegend wird seit einigen Jahren als Problemkiez im Bezirk eingeschätzt, erklärt Karin Kant, Projektleiterin der Mädchenwerkstatt. Ursachen sind ein prozentual hoher Anteil an Arbeitslosigkeit, an alleinstehenden oder sehr jungen Müttern und an Kindern, die Hilfe benötigen. Das neue Kiez- und Familienzentrum, das auf einen Beschluss der BVV von 2009 zurückgeht, macht Anwohnern auf vielfältige Weise Hilfsangebote. Karin Kant, Bezirksverordnete der Linkspartei und Sebastian Lück, Verantwortlicher für den neuen Kieztreff,

haben dafür das Konzept entwickelt. Gefördert wird das Projekt vom Bundesfamilienministerium und dem Europäischen Sozialfonds.

Bevor die farbenfrohen Häuser Kiezbewohner anlockten und das grüne Haus für Mädchen noch grau und marode auf dem Gelände stand, betreute Karin Kant schon etliche Jahre dort Mädchen im Alter von 12 bis 23 Jahren. Hier konnten sie ihre Freizeit verbringen, sich in vielen Projekträumen ausprobieren, Medienkompetenz und technische Kenntnisse aneignen, wie zum Beispiel im Löt-Raum. Träger der Einrichtung ist die Technische Jugendfreizeit- und Bildungsgesellschaft (tjfbg), die sich gegründet hatte, um den Bereich Technik des ehemaligen Pionierpalastes, im heutigen FEZ in der Wuhlheide, zu erhalten, der nach der Wende abgewickelt werden sollte. „Mädchen in technische Berufe“, ein Modellprojekt, 1998 initiiert vom Bundesfamilienministerium, war dann der Start der Job Werkstatt Mädchen. Jenny aus Köpenick kennt das heute grüne Haus seit ihrem siebenten Schuljahr. Die offene ungezwungene Atmosphäre zog sie mit Freundinnen dorthin, vor allem die interessante Video-AG, schwärmt die jetzt 22-Jährige noch immer. Derzeit hilft sie als Praktikantin im Rahmen ihrer Ausbildung zur Sozialpädagogin dort bei der Betreuung von Mädchen und Schülerinnen. Jacqueline absolviert nach ihrem Abi gerade ein freiwilliges Soziales Jahr und hofft, hier mehr Klarheit über

ihre zukünftige Berufsrichtung zu finden.

Von Karin Kant, einer freundschaftlichen Betreuerin und Begleiterin, mag man kaum glauben, dass sie schon drei erwachsene Kinder hat. Sie bringt alle Voraussetzungen für die anspruchsvolle Arbeit mit, sowohl was Medienkompetenz als auch Sozialarbeit betrifft. Bevor sie 2001 die Leitung der Mädchenwerkstatt übernahm, war sie 13 Jahre Berufsschullehrerin für Datenverarbeitung, leitete danach eine Jugendfreizeiteinrichtung in Altglienicke. Da sich soziale Probleme im Kiez und auffälliges Verhalten von Kindern vor allem in Kindertagesstätten und Schulen bemerkbar machen, gründete sich 2009 eine Vernetzungsrunde, in der sich alle Akteure des Sozialraums über Probleme und Lösungsansätze austauschen. Dies hilft im Bildungs- und Jugendbereich, so auch Karin Kant, immer passende Projekte zu entwickeln. Wenn sie, unterstützt von vier angestellten Mitarbeiterinnen, den Mädchen auf dem Gebiet der Medienkompetenz Sicherheit vermitteln möchte, meint sie vor allem eine Vorbereitung auf aktuelle, moderne Berufe im Bereich der Informatik, weg von der Auffassung, dass Frauen am besten in Berufen wie Friseurin, Erzieherin, Verkäuferin oder Altenpflegerin aufgehoben sind. Dass Medienkompetenz heute in fast allen Branchen vorausgesetzt wird, das will Karin Kant den Mädchen klar machen. Sie ist überzeugt davon, dass junge Frauen in modernen medienorientierten Berufen sehr flexible Arbeitsmöglichkeiten haben können, was auch eine gute Voraussetzung für ihre Selbständigkeit und Familienplanung sein kann. Informatik und medienorientierte Berufe kommen auch für Mädchen mit Behinderungen in Frage. Schulpraktika im grünen Haus bieten dabei eine Möglichkeit, mehr Klarheit über berufliche Perspektiven zu gewinnen.

2012 bekamen in der Job Werkstatt 480 Mädchen und junge Frauen Hilfe, Beratung, berufliche Orientierung. Insgesamt zog es sie im Laufe des Jahres 5.660 Mal in das Mädchenhaus bei Karin Kant.

In den jetzigen Winterferien steht es von 10 Uhr bis 18 Uhr allen Mädchen zur Freizeitgestaltung offen. Schülerinnen der 8. bis 10. Klasse können sich mit neuen Berufen vertraut machen. Als ganz besondere Ferienattraktion wurde mit dem Mellow Park vereinbart, dass Mädchen sich, ungehindert durch draufgängerische Jungen, unter professioneller Anleitung im BMX-Radfahren ausprobieren können.

■ ■ Helga Pett

Kitahaus in Grünau eröffnet

Eltern sammeln Unterschriften für eine Bedarfsampel

Während die Verfechter des Betreuungsgeldes die Chancen auf eine „berufliche Biografie“ junger Frauen verspielen, realisierten engagierte Kräfte bewährte Lösungen für die Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Bildung/Erziehung unserer Jüngsten in Kindertagesstätten.

Der Freie Träger FIPP e.V. hat mit Hilfe des Landes Berlin, des Bezirks Treptow-Köpenick und des Ortsvereins Grünau e.V. Fördermittel erkämpft und erfolgreich eingesetzt, damit das kompetente Grünauer Unternehmen Plafond (Gesellschaft für kostenoptimiertes Bauen mbH) nach nur einem Jahr Bauzeit das neue Krippenhaus der Kita „Grüne Aue“ in der Baderseestraße am 2. November 2012 an die Leiterin der Kita übergeben konnte.

Am 16. November 2011 war der Grundstein für das Haus gelegt worden. „Wir sind sehr stolz darauf, dass dieses große Bauvorhaben so pünktlich abgeschlossen worden ist“, betonte FIPP-Geschäftsführerin Doreen Sieg.

war 1920 als Familienhaus entstanden, seit über 60 Jahren für die Kinderbetreuung genutzt worden und inzwischen so

Kindertagesstätte einbezogen werden? Mit welchen Bildungsangeboten erreichen wir viele Familien im Ortsteil? Prozessbegleiterin Katrin Freisberg begleitet die Arbeit der Akteure im Auftrag der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung.

Das trifft natürlich beim Ortsverein Grünau e.V. auf volle Unterstützung. Das



Foto Jana Judisch

Eintrag ins Kitabuch v.l.n.r. Gernot Klemm, Minka Dott, Doreen Sieg, Dana Weyrauch

baufällig, dass eine Sanierung unverhältnismäßig teuer geworden wäre. Stattdessen steht hier nun ein dreistöckiger Neubau, der an das Haupthaus der Kita mit einem Verbindungsgang angeschlossen ist. In den beiden unteren Etagen werden Kinder unter 3 Jahren betreut, das obere Geschoss bietet Raum für die Entwicklung eines Familienzentrums.

Da steht es nun, das neue Krippenhaus in Grünau: bunt in der Fassade zur Freude aller Passanten, und innen mit Sachverstand und Wärme liebevoll eingerichtet. Die Kapazitätserweiterung ermöglicht es nun mehr Familien, Berufstätigkeit und Familienleben zu verbinden. Das hob auch Jugendstadtrat Gernot Klemm erfreut hervor, denn das Recht auf Kitaplätze und lange Wartelisten sind für das Jugendamt ein schwieriges Problem.

Das Projekt ist also konzeptionell mehr als eine Kita. Im Zusammenhang mit der Kita-Erweiterung in Grünau wurde zugleich eine „Anschwing-Initiative für frühe Chancen“ gegründet.

Sie sucht Antworten auf Fragen wie: Was wünschen sich Eltern von einer Familienbegegnungsstätte in Grünau? Wie können Eltern stärker in Angebote einer

gemeinsame Anliegen besteht darin, alle örtlichen Akteure so zu vernetzen, dass unser schöner Ortsteil nicht nur für seine Bewohner an Lebensqualität gewinnt, sondern sich wieder für alle Berliner und ihre Gäste als Erholungs- und Ausflugsziel anbietet. Das soziokulturelle Zentrum „Bürgerhaus Grünau“ mit seinen kulturellen Angeboten und das künftige Familienzentrum haben eine enge Kooperation verabredet. So gewinnt ganz Grünau zusätzliche Angebote.

Es rückt allerdings auch die Verkehrssicherheit schärfer ins Blickfeld. Das neue Konzept bringt einen stärkeren Zulauf mit sich und die Überquerung der immer stärker befahrenen Wassersportallee gefährdet nicht nur die Schülerinnen und Schüler der Grünauer „Schule an der Dahme“ sondern alle Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Deshalb sammeln Eltern Unterschriften für die Errichtung einer Bedarfsampel an der Wassersportallee, Listen liegen auch im Bürgerhaus aus. Die Linksfraktion der BVV hat das Anliegen aufgegriffen und einen Antrag eingebracht. Grünau hofft auf Erfolg.

■ ■ Dr. Günter Friedrich, Minka Dott

Foto Günter Friedrich



Das neue Krippenhaus der Kita „Grüne Aue“, Baderseestraße

Das neue Krippenhaus bietet nunmehr Platz für 60 Kinder unter 3 Jahren, dies sind immerhin 34 Plätze mehr, als es zuvor im alten Haus gegeben hatte. Dieses hatte dem Neubau weichen müssen: Es



Die Fluggastbrücken am Hauptpier des neuen Flughafens BER werden noch lange auf ihren Einsatz warten.

Gefangene einer falschen Standortentscheidung

Probleme des Großflughafens entpuppen sich als eine Geschichte von Fehlentscheidungen

Die Misere des Flughafens „BER“ kann man nicht trennen von seiner Geschichte. Einer Geschichte von Fehlentscheidungen und Kämpfen, die mit ihm verbunden sind.

Am Anfang stand der interessengeleitete „Konsensbeschluss“ zwischen Diepgen, Wissmann und Stolpe – eine Fehlentscheidung wider besseres Wissen. Sie setzten sich mit politischer Macht über alle Erkenntnisse des Standort-Suchverfahrens und des Raumordnungsverfahrens hinweg und damit auch über die Feststellung, dass zukunftsorientierte Flughäfen nicht in die Stadt und auch nicht in dicht besiedelte Stadtrandgebiete gehören.

Ob Wissmann eine Konkurrenz für Frankfurt und München verhindern wollte, stadtferne Standorte für Diepgen bereits kurz vor Sibirien lagen, Stolpe einfach nur über den Tisch gezogen wurde oder der millionenschwere Erwerb des Baufeldes Ost von entscheidender Bedeutung war, ist heute eigentlich unerheblich. Entscheidend bleibt, dass die Standortentscheidung der Urvater des heutigen Übels ist und keine der folgenden Koalitionsregierungen – ob schwarz/rot, grün/rot, schwarz/gelb oder rot/rot – diese Entscheidung von 1996 revidiert hat.

Anfangs lief es noch ganz gut für die Flughafenplaner. Setzten sich doch nur die Betroffenen im Südosten Berlins und

dem Brandenburger Umfeld zur Wehr. Für die anderen war der Großflughafen Schönefeld eine gigantische Jobmaschine. Und dann sollten ja auch noch Tegel und Tempelhof geschlossen werden. Dann wäre Ruhe in der Stadt gewesen, bis auf das bisschen Südosten.

Eintrag ins Guinness-Buch

Die 130.000 Einwendungen von rund 40.000 Menschen wurden eher als Eintrag ins Guinness Buch der Rekorde für würdig befunden oder als Ausdruck für ein gigantisches demokratisches Verfahren. Monate dauerten Anfang dieses Jahrtausends die Erörterungen. Kaum etwas fand sich davon im späteren Planfeststellungsbeschluss wieder. Allerdings wurde nahezu alles abgewogen und über tausende Seiten begründet, warum die Einwände keine Berücksichtigung fanden. Inzwischen wurde 2003/4 ein weiterer Grundsatzbeschluss gefasst, mit dem die Staatshaushalte in Geiselschaft genommen wurden. Es gab kein Konsortium der Wirtschaft mehr, das den Großflughafen bauen wollte. Da verkündeten die Flughafengesellschafter mit Wowereit an der Spitze, dann baut eben die öffentliche Hand und hat damit mehr Einfluss auf das Baugeschehen und die späteren Gewinne. Ich schrieb damals den besorgten Artikel „Soll die öffentliche Hand das

bauen, wovon sich die Bau- und Finanzkonzerne keine Profite versprechen?“ Damals ging es noch um eine geschätzte Bausumme von 1,7 Milliarden. Was den Einfluss auf das Baugeschehen angeht, erleben wir seit Wochen und Monaten in allen Zeitungen und Kabarettssendungen. Soweit zu dieser Erfolgsgeschichte.

Positive Lärmbilanz

2006 kam das Planfeststellungsverfahren zu seinem vorläufigen juristischen Abschluss. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig bestätigte im Wesentlichen den Planfeststellungsantrag. Auf 265 Seiten liest man, dass Fluglärm hinnehmbar ist, weil die Lärmbilanz durch die Schließung von Tegel und Tempelhof für Berlin positiv sei, dass Naturschutzgebiete dem Überfliegen nicht entgegenstehen, dass das Trinkwasser nicht gefährdet ist, ein Forschungsreaktor wird gleich gar nicht erwähnt. Lediglich das nächtliche Fliegen zwischen 22 und 6 Uhr wäre nicht ausreichend begründet. Das haben wir damals noch als Teilerfolg gewertet. Ein ergänzendes Planfeststellungsverfahren wurde festgesetzt, das zum Ziel hätte haben können, das nächtliche Befliegen zu reduzieren. Es sollte anders kommen. Die nächste Etappe leiteten die Billigflieger ein. Mit der Veränderung der Marktlage weitete sich nicht nur der Flugverkehr aus. Weil sich nun mehr Menschen fliegen leisten konnten, stieg mit dem Traum vom Fliegen auch die Akzeptanz für Flugverkehr. Gesundheitspolitische und ökologische Aspekte verloren an Bedeutung, obwohl die Auswirkung von Lärm auf Gesundheit außerhalb vom Fluglärm zu Lärmminderungsprogrammen führte.

Schönefeld sollte sich zu einem Zentrum von Billigflugverkehr entwickeln. Nicht wenige Änderungen in der Bauplanung und Bauausführung, die heute problematisiert werden, sind diesen neuen Aspekten geschuldet.

Billigflieger sind aber nur dann billig, wenn sie mehrere Intervalle pro Tag fliegen können, wenn sie täglich ihren Heimathafen wieder erreichen können und damit nur Wartungskapazitäten an einem Ort vorhalten müssen. Solche und ähnliche ökonomische Argumente bestimmen den ergänzenden Planfeststellungsbeschluss, der damit eindeutig den wirtschaftlichen Interessen Vorrang vor dem Gesundheitsschutz gibt. Diese Entwicklung wurde dann auch vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt.

dass sich Betroffene mit den Auslegungen eines Betriebes auseinandersetzen können, der im 100-prozentigen Staatsbesitz ist.

Ein böses Erwachen

Dann kamen die Flugrouten. Und damit für so manchen ein böses Erwachen. Gebiete sollten plötzlich überflogen werden, deren Bewohner im Traum nicht daran gedacht hatten, in Einflugschneisen zu leben. Entsprechend laut war der Aufschrei. Es gründeten sich neue schlagkräftige Bürgerinitiativen. Diesmal auch in den westlichen Abfluggebieten. Die schon etwas vom 15-jährigen Abwehrkampf müde gewordenen bekamen Verstärkung, auch medial. Eine neue Klagewelle rollte heran, bis auf die europäi-

und die damit verbundene wachsende Unglaubwürdigkeit gegenüber Politikern möchte ich jetzt hier nicht weiter eingehen. Wohl aber auf das Jobwunder und die Erfolgsstory, die keine ist. Nicht für die Ladenbesitzer, die auf ihren Schulden sitzen, nicht für die Menschen in der Tegeler Einflugschneise, nicht für die Menschen in Projekten, deren Finanzen gekürzt werden, um die Mehrkosten für die Katastrophenbaustelle aufzufangen, nicht für die Baubetriebe, die sich um unbezahlte Arbeit sorgen...

Im Januar 2013 Misstrauensvotum im Berliner Abgeordnetenhaus und Vertrauensfrage im Potsdamer Landtag. In Berlin ist DIE LINKE in der Opposition, in Brandenburg in der Regierung. Geht das? Ein schwieriger Spagat, zugegeben. Auch mit Blick auf die Medien, die nicht auf Zwischentöne aus sind.

Keine vertrauensvolle Politik

Wowereit das Vertrauen auszusprechen geht nicht auf Grund der kritikwürdigen Regierungspolitik. Kürzungen in den Bezirken, keine erkennbaren Initiativen gegen Verteuerung der Wohnungen. Undurchsichtige Politik in der Energie- und Wasserfrage. Teilprivatisierung der S-Bahn. Schreddern von Akten usw. Das ist keine vertrauensvolle Politik für die Stadt.

Aber dem Koalitionspartner Platzeck in Brandenburg bedingungslos das Vertrauen aussprechen, als jahrelangen Vize von Wowereit im Aufsichtsrat, und damit die SPD-Rochade zu akzeptieren?

Es muss ein glaubwürdiger Neuanfang gewährleistet sein. Mit einer anderen Informationspolitik, mit Initiativen zur Erweiterung des Nachtflugverbots in Brandenburg und durch Bundesratsinitiativen. Keine Trickereien mehr bei der konsequenten Umsetzung des Schallschutzprogramms – Hilfen für in Not geratene Gewerbetreibende. Das ist die Messlatte für Platzeck.

Am Schluss noch eine Feststellung zum Standort. Gerade das nun schon fast 20-jährige Verfahren, unsere Leidensgeschichte mit dem Flughafen Schönefeld bedeutet, mit den notwendigen Auflagen so schnell wie möglich zu Ende zu bauen. Ein Planfeststellungsverfahren für einen alternativen Standort würde viel Zeit in Anspruch nehmen und neben nicht abzusehenden zusätzlicher Kosten das Offenhalten von Tegel bedeuten. Das ist umstritten. Aber beim Streiten mit Argumenten haben wir ja genügend Erfahrungen sammeln können.

■ ■ Ernst Welters

Foto: Muns/wikipedia



Blick in die Abflughalle des Flughafens Berlin-Brandenburg beim Tag der Offenen Tür im Mai 2012, kurz vor der geplatzten Eröffnung des Airports.

„Null ist nicht Null“

Ein weiteres trauriges Kapitel sind die passiven Schallschutzmaßnahmen. Sie hätten eigentlich schon erledigt sein müssen, denn der ursprüngliche Eröffnungstermin liegt ja schon fast zwei Jahre zurück. Aber statt wenigstens hier durch ein unverzügliches Umsetzen des Schallschutzprogramms mehr Akzeptanz zu erreichen, wurde klammheimlich der Versuch unternommen, das im Planfeststellungsbeschluss bestätigte Tagschutzniveau abzusenken. Eine Versuch, der erst wieder durch ein Gericht gestoppt wurde. Eine neue mathematische Formel machte die Runde. Null ist nicht Null, sondern auch 0,49 – was eine halbe Überschreitung des Tagschutzniveaus ermöglicht. Auch die konkrete Auslegung, was geschützt werden sollte, gestaltete sich schwierig, so dass der Bezirk Trepow-Köpenick extra eine Beratungsstelle einrichten musste, um zu organisieren,

sche Ebene. Eine Flugroute ist bereits gerichtlich untersagt worden und die europäische Kommission runzelt die Stirn ob der fehlenden Umweltabwägung in Schutzgebieten.

Aber hier muss man erst noch die Begründungen abwarten, um neue Schlüsse ziehen zu können.

Aber nicht nur der Klageweg wurde beschritten. Über 80 Montagsdemos in Friedrichshagen und an anderen Wochentagen auch anderswo zeugen davon. Zwei Volksbegehren brachten 270.000 Unterschriften für ein Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr. Wobei das Berliner knapp scheiterte. Aber 40.000 Unterschriften alleine aus Trepow-Köpenick deuten Bürgerwut an. Das Brandenburger war aber mit 108.000 Unterschriften erfolgreich und beschäftigt jetzt den Landtag.

Auf die mehrmalige Verschiebung der Eröffnung wegen ungeahnter Baumängel

Kiezkassen für kleine Projekte

Wichtiger Impuls für direkte Beteiligung der Bürger im Ortsteil

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat die Einrichtung von Kiezkassen beschlossen. Dafür stehen insgesamt 50.000 Euro aus dem Bezirkshaushalt zur Verfügung. Diese werden auf die 20 Bezirksregionen aufgeteilt. Entscheidend für die Höhe der bereitgestellten Mittel in den Kiezen ist die jeweilige Einwohnerzahl. Den beschlossenen Mindestbetrag von 1.250 Euro erhalten drei Ortsteile, die höchste Zuwendung erhält Altglienicke mit 5.200 Euro. Dieses Geld kann für alles, was auch durch die Verwaltung des Bezirkes finanziert werden kann, verausgabt werden. Die Höhe der Mittel spricht eher für die Realisierung kleinerer Projekte. Eine Kofinanzierung durch die Bürgerschaft für größere Vorhaben ist aber nicht ausgeschlossen.

Durch die BVV wurden Kiezpaten und Stellvertreter gewählt. Diese haben die Aufgabe, Bürgerversammlungen einzuberufen, diese zu leiten und den weiteren Prozess zu begleiten. Unterstützung erhalten sie dabei vom Bezirksamt. Die anwesenden Bürgerinnen und Bürger können in den Versammlungen über das weitere Verfahren frei entscheiden.

„Schön wäre es, wenn die Einwohnerinnen und Einwohner sich entschließen könnten, das Verfahren zu übernehmen und den Prozess eigenständig weiterzuführen.“ so der haushaltspolitische Sprecher der LINKEN, André Schubert.

Grundsätzlich kann nur auf einer Bürgerversammlung über die Verwendung der Mittel aus der Kiezkasse entschieden werden. Auf der ersten Veranstaltung ist dies nicht möglich, dazu ist zwingend eine zweite Versammlung notwendig. Die Planung und Verausgabung erfolgt danach allein durch das Bezirksamt nach den Regularien der Landeshaushaltsordnung. Die Bürgerinnen und Bürger nehmen kein Geld direkt in die Hand.

Die Gestaltung der Prozesse in den Ortsteilen obliegt also den dort Wohnenden. Alle können sich einbringen.

Schubert dazu: „Ich denke, dass dies ein wichtiger Impuls für die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung ihres Ortsteils sein kann. Möglicherweise entsteht darüber hinaus bei den Treptow-Köpenickern der Wunsch nach einer Einbeziehung bei der Aufstellung des Bezirkshaushaltsplans. Dies würde ich mir wünschen.“

Übersicht der Bezirksregionen und der zuständigen Kiezpaten		
Bezirksregion	Kiezpaten	stellv. Kiezpaten
Alt-Treptow	A. Freier (SPD)	V. Schröder (PIRATEN)
Plänterwald	R. Pönitz (PIRATEN)	A. Gerbode (B'90Grüne)
Baumschulenweg	J. Eberlein (DIE LINKE)	R. Seth (SPD)
Johannisthal	P. Groos (B'90Grüne)	T. Oestreich (DIE LINKE)
Oberschöneweide	L. Düsterhöft (SPD)	M. Worm (B'90Grüne)
Niederschöneweide	I. Vogt (SPD)	P. Wohlfeil (DIE LINKE)
Adlershof	G. Schmitz (SPD)	H. Kappel (DIE LINKE)
Kölln. Vorstadt / Spindlersfeld	K. Kant (DIE LINKE)	M. Schmidt (SPD)
Altglienicke	U. Walker, Dr. (SPD)	M. Vogel (CDU)
Bohnsdorf	W. Knack (CDU)	W. Just (DIE LINKE)
Grünau	A. Schubert (DIE LINKE)	M. Schmidt (SPD)
Schmöckwitz /K/R	M. Borkenhagen (DIE LINKE)	R. Klinger (SPD)
Köpenick-Süd	F. Ojeda (DIE LINKE)	S. Sambill (SPD)
Allende-Viertel	G. Rohde (SPD)	U. Franzke (DIE LINKE)
Altstadt / Kietz	C. Schild (CDU)	A. Stantien (DIE LINKE)
Müggelheim	C. Schild (CDU)	U. Wethkamp (SPD)
Friedrichshagen	E. Welters (DIE LINKE)	K. Weser (CDU)
Rahnsdorf / Hessenwinkel	K. Zehrer (SPD)	K. Weser (CDU)
Dammvorstadt	S. Laube (CDU)	R. Nagelschmidt (SPD)

Die ersten festgelegten Termine:

Rahnsdorf	15.2.	17:00	Schule an den Püttbergen
Plänterwald	20.2.	18:00	Rathaus Treptow
Köllnische Vorstadt	22.2.	18:00	Familienzentrum
Köpenick Süd (2)	22.2.	18:00	Kiezkclub „Haus der Begegnung“
Köpenick Süd (1)	01.3.	18:00	Begegnungsstätte WBG Amtsfeld
Adlershof	05.3.	18:00	Alte Schule, Dörfeldstraße
Allende-Viertel	07.3.	18:30	2. VA, E.-Noether-Schule
Friedrichshagen	08.3.	18:00	Gerhart-Hauptmann-Gymnasium
Grünau	08.3.	19:00	Bürgerhaus Grünau
Rahnsdorf	12.4.	17:00	2. VA, Kiezkclub Rahnsdorf
Grünau	10.5.	19:00	2. VA, Bürgerhaus Grünau
Köpenick Süd (2)	24.5.	18:00	2. VA, Kiezkclub „Haus der Begegnung“
Köpenick Süd (1)	07.6.	18:00	2. VA, Begegnungsstätte WBG Amtsfeld

Diese und weitere Informationen zu den Kiezkassen sind bald auch im Internet abrufbar. Eine diesbezügliche Seite im Internetauftritt des Bezirkes ist in Arbeit.

■ ■ Josef Rohmann

kurz notiert

► Leistungen für Asylbewerber

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Leistungen für Asylbewerber wurde im Bezirk unverzüglich umgesetzt, informierte Bezirksstadträtin Ines Feierabend. Auf eine Kleine Anfrage von Philipp Wohlfeil (DIE LINKE) heißt es weiter, dass am 18. Juli 2012 davon 280 Personen betroffen waren. Aktuell erhielten keine Leistungsberechtigten mehr eingeschränkte Leistungen. Nach der Urteilsverkündung waren zehn Widersprüche und ein Überprüfungsantrag für insgesamt 21 Personen eingegangen.



Bei der Vernissage des 23. Kunstsalons Méréville.

Kunstverein war Ehrengast

Eine Brücke der Kunst und des Friedens

Mit 60 Bildern im Gepäck machten sich Mitte November drei Maler vom Kunstverein Treptow per Auto auf die 1.135 Kilometer lange Reise nach Frankreich. Sie brachten die Ausstellung ihrer französischen Künstlerfreunde, die bis Oktober das Kulturzentrum „Ratz-Fatz“ geschmückt hatte, nach Méréville zurück und wurden beim diesjährigen Salon Artistique de Méréville mit drei weiteren Künstlern ihres Vereins als Invités d'Honneur erwartet: Hildur-Mathias Bernitz, Udo Heinzl, Klaus König, Ingrid Walter-Kruppe sowie Änne und Werner Laube. Ihre von Manfred Hahn gezeichneten Porträts grüßten die Gäste aus Berlin schon am Ortseingang von einem Plakat. Die Würdigung als Ehrengast des Salons wird jedes Jahr einem anderen Künstler oder einer Künstlergruppe zu teil. Dass die Wahl diesmal auf uns gefallen war, hatte uns echt überrascht! Unsere Idee von einer Brücke der Kunst und des Friedens Méréville – Treptow-Köpenick – Stońsk in Gestalt eines trinationalen Kunstprojekts im Warthebruch fand, wie bereits im „blättchen“ berichtet, nicht nur bei unseren Malerfreunden in Polen, sondern auch bei den Künstlern von Méréville Zustimmung. Wie sein Amtsbruder Janusz Krzyśków in Stońsk unterstützt auch Bürgermeister Louis Auroux das Projekt ausdrücklich und bedankte sich für unsere Initiative zu die-

ser Völker verbindenden Begegnung.

Zur Vernissage des 23. Kunstsalons Méréville 2012, an dem sich 36 Maler und 4 Bildhauer beteiligten, übergab uns Bürgermeister Auroux ein Buch mit Reproduktionen des Malers CaraCostea und der persönlichen Widmung: „Ich habe das Vergnügen, Ihnen dieses Buch über einen Künstler aus Méréville zu schenken, der in Frankreich, aber auch über dessen Grenzen hinaus sehr bekannt ist. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie als Ehrengäste unseren Salon mit Ihren Werken und ihrer Anwesenheit honorieren. Mit herzlichen Grüßen. Louis Auroux, Bürgermeister“.

Auch im Namen ihrer Kollegin Françoise Bennafla und aller an der Ausstellung in Berlin beteiligten Künstlerinnen und Künstler bedankte sich die Malerin Carmen Auclère nochmals für den herzlichen Empfang in Treptow-Köpenick und berichtete dem Publikum ebenso von ihrer freundlichen Begegnung mit dem Bürgermeister von Stońsk und den polnischen Malern in Gorzow. Ich erinnerte in meiner Dankesrede auch an das faschistische Konzentrationslager Sonnenburg und den 70. Jahrestag der Besetzung Frankreichs durch die Hitlerwehrmacht – Motive für uns Berliner Künstler, uns heute für eine künstlerische Zusammenarbeit und für den Frieden zwischen unseren Völkern zu engagieren.

Das schönste Erlebnis unseres Aufenthaltes in Méréville war die herzliche, ungezwungene Gastfreundschaft, die wir bei einer Fête im Atelier des Kunstvereins, aber auch in den Wohnungen und Werkstätten der französischen Künstler erfahren – bei den Malerinnen Françoise Bennafla, Carmen Auclère, Céli Lefebvre und beim Lithografen Jacky Rouget.

Ganz selbstverständlich empfangen auch unsere langjährigen Freunde Christine und Alain van Laar meine Berliner Malerkollegen in ihrem Haus. Sie haben sich über das Aquarell von Ingrid Walter-Kruppe, unseren neuen Kunstkalender, aber auch über die mitgebrachten Spreewaldgurken und den Dresdner Stollen sehr gefreut. Da wurden von unseren Gastgebern nicht nur Köstlichkeiten ihrer Küche und Weinkeller aufgetischt, sondern neben französischen Chansons auch russische Lieder angestimmt. Nach einigem guten Zureden holte sogar Vereinsvorsitzende Christiane Gillotin ihr Akkordeon hervor. Für das gemeinsame Pleinair in Polen meldeten sich erste Interessenten, und immer wieder stellte man uns die Frage: „Ihr kommt doch zum nächsten Salon wieder?“ Merci beaucoup, liebe französische Freunde!

■ ■ Werner Laube, Vereinsvorsitzender

P.S. In der Woche zwischen Aufbau und Abbau der Ausstellung in Méréville unternahmen wir Treptower einen Ausflug an die fast 500 Kilometer entfernte Vézère. In den Höhlen von Lascaux, Font-de-Gaume und Les Combarelles bewunderten wir 12–18.000 Jahre alte Felsmalereien und erwiesen unseren prähistorischen Künstlerkollegen die lang ersehnte Referenz.

kurz notiert

► Künstler sollen Atelierhaus weiter nutzen

Trotz der Eigentumsübertragung des Atelierhauses 15 an einen Treuhänder des Landes Berlin ist die kulturelle Nutzung des Hauses in der Wilhelminenhofstraße gesichert. In seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage von Philipp Wohlfeil (DIE LINKE) erklärte Bezirksstadtrat Rainer Hölmer, dass die Übernahme der Liegenschaft auf dem Gelände der Batteriefabrik durch das Bezirksamt aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich sei. In einem Schreiben habe der Bezirksbürgermeister den Künstlern versichert, dass ihre Angst um den Wegfall der Ausstellungsfläche unbegründet sei.

Gysi meint...



Nur auf DIE LINKE ist wirklich Verlass

Mit Ausnahme der FDP schicken sich alle Parteien an, die soziale Gerechtigkeit in das Zentrum ihrer Wahlkämpfe im kommenden Bundestagswahlkampf zu stellen. Alle werben auf einmal für einen Mindestlohn, wollen die Altersarmut bekämpfen. SPD und Grüne wollen zaghaft den Spitzensteuersatz von 42 auf 49 Prozent erhöhen. Sind auf einmal alle Parteien, mit Ausnahme der standhaften FDP, nach links gerückt?

Offenbar hoffen sie, mit der Übernahme der Themen der Linken, diese zu schwächen oder gar überflüssig zu machen und zu ersetzen. Außerdem hoffen sie auf die Vergesslichkeit der Bürgerinnen und Bürger. Erst mal freut es mich, dass wir die anderen Parteien in Bewegung setzen. Trotzdem ist es ein durchsichtiges Spiel, was da betrieben wird. Denn schaut man genauer hin, bleibt es bei leeren Versprechungen, denn so gut wie nichts von dem, was die vier anderen im Bundestag vertretenen Parteien zum Anstieg der Kluft zwischen Arm und Reich, zum Ausbau von prekärer Beschäftigung für niedrige Löhne und niedrige Renten mit ihrer Politik angerichtet haben, wollen und werden sie zurücknehmen.

Es bleibt bei Hartz IV und dem Zwang zur Annahme unzumutbarer Beschäftigung. Die Angleichung der Renten zwischen Ost und West taucht allenfalls bei der SPD als Fernziel auf. Die Rente erst mit 67 wird ebenso wenig in Frage ge-

stellt wie die geplante Absenkung des Rentenniveaus von derzeit 52 auf 42 Prozent bis 2020. Ganz zu schweigen davon, dass Union, FDP, SPD und Grüne sich einig sind bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr und der Zustimmung zu den Kürzungsdiktaten gegenüber Südeuropa als Auflage dafür, die maroden Privatbanken auch mit unseren Steuergeldern zu retten.

Frau Merkel und Herr Steinbrück sind eine Garantin und ein Garant für die Fortsetzung dieser bisherigen Politik, zumal die Schuldenbremse sie zu weiteren Kürzungen bei den Bürgerinnen und Bürgern treibt. Nur die Wahl und die Stärkung der Linken mit einem sehr guten Wahlergebnis wird die anderen Parteien dazu zwingen, wenigstens aus einem Teil ihrer Versprechungen auch Ernst zu machen, denn nur auf DIE LINKE ist friedens- und sozialpolitisch wirklich Verlass. Nur sie bringt die anderen Parteien in Bewegung und zu Korrekturen.

Foto: Tino Oestreich



Vorerst kein Spielplatz in der Semmelweisstraße

Vor dem Jahr 2017 sei es nicht geplant, auf dem Grundstück in der Semmelweisstraße 34 in Altglienicke einen Kinderspielplatz zu errichten, heißt es in einer Antwort des Bezirksamtes auf eine Anfrage des Bezirksverordneten Tino Oestreich (DIE LINKE). Des Weiteren sei es derzeit noch offen, so das Amt weiter, ob in der nächsten Investitionsplanung ein Spielplatzneubau berücksichtigt werden könne. Erst wenn eine konkrete Planung und Finanzierung verwirklicht sei, könne die-

se inhaltlich ausgestaltet werden. Dazu zählt auch die Auswahl der Spielgeräte. „Es ist schade, dass Spielmöglichkeiten für Kinder wieder einmal an der Finanzierung scheitern. Ein Hoffnungsschimmer ist, dass das Grundstück bereits dem Bezirk gehört und im regionalen Entwicklungskonzept und im Bebauungsplan als Spielplatz vorgesehen ist“, kommentiert Oestreich die Antwort des Stadtrats Hölmer (SPD). Derzeit ist die Fläche in der Verwaltung des Grünflächenamtes.

Sprechstunde Gregor Gysi

Die nächste Sprechstunde findet am **15. Februar 2013** in der Zeit von 13 – 17 Uhr im Bürgerbüro, Brückenstraße 28 statt.
Anmeldungen unter (030) 63224357.

Im Rahmen dieser Sprechstunde wird um 17 Uhr eine neue **Ausstellung** in den Räumlichkeiten des Bürgerbüros eröffnet. Die Ausstellung „Berliner Impressionen“ Malerei und Holzdruck der Künstlerin Charlotte Palm kann bis zum 15. Mai 2013 jeweils Mo, Mi und Do von 13 – 16.30 Uhr und nach Vereinbarung besucht werden.



Sie finden hier Termine der Partei DIE LINKE. Weitere Termine von öffentlichen Veranstaltungen finden Sie auf Seite 12

Mo 11.2. | 15.00 Beratung der AG Senioren in der Geschäftsstelle Brückenstraße.

Mo 11.2. | 18.00 Diskussion über den Stadtentwicklungsplan Wohnen, Abgeordnetenhaus, Raum 376

Sa 23.2. | 10.00 2. Tagung des 4. Landesparteitages in der Jerusalemkirche, Lindenstraße 85 in Kreuzberg

Sitzungen des Bezirksvorstandes

Di 19.2. | 18:30 Brückenstraße

Di 05.3. | 18:30 Allendeweg

Basistreffen

Mo 11.2. | 17:00 Allendeweg 1

Mo 04.3. | 17:00 Rathaus Treptow

Wahlkreisversammlung

WK 4: Dammvorstadt, Spindlersfeld/
Köllnische Vorstadt, Grünau, Bohnsdorf,
Karolinenhof/Schmöckwitz

Do 14.2. 18:30 im Bürgerhaus Grünau
Regattastraße 141

Macht ohne Herrschaft

Die Emanzipatorische Linke lädt Euch alle ein zur Konferenz

Vom 23. (Samstag) bis 24. (Sonntag) Februar 2013 in das Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4

Beginn – Samstag: 11 Uhr

Begrüßung und Film gegen die Arbeit, anschließend Gebet gegen die Arbeit, danach Vorträge & Diskussionen bis 19:30,

ab 19:30 Konzert mit „Der Singende Tresen – unplugged“ und ab 23 Uhr „after show“ Party bis Sonntagmorgen in die Puppen.

Beginn – Sonntag: 11 Uhr

Buchvorstellung mit Autor*innen: „Schritt für Schritt ins Paradies – Handbuch zur Freiheit“, danach 13 Uhr Vortrag zur Erzählung „Der Feuerstuhl“ (B. Traven/Ret Marut), anschließend Filmvorführung zur Münchener Räterepublik. Ende 17 Uhr.

Für freie Verpflegung in der Volksküche ist gesorgt, und der Eintritt ins Haus der Demokratie und Menschenrechte zur Veranstaltung ist natürlich auch frei!

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

im Februar zum

- 93. Helmut Holz
- 91. Bruno Albrecht,
Kurt Voigtmann
- 90. Marianne Kirmse,
Bruno Gattel,
Wilhelm Wegener
- 85. Therese Probst,
Rosa Tietz,

- Hildegard Werner,
Otto Kretzschmar,
Heinz Pahlke
- 80. Ingeburg Rieß,
Ilse Seybold,
Dodo van Randenbough,
Werner Bierbaum
- 75. Brigitte Gatz,
Christa Luft

Mieterberatung Heizkosten

Die Linksfraktion in der BVV Treptow-Köpenick lädt zur Beratung mit Mieterbeiräten, Mieterinitiativen sowie Vertretern von Vereinen und Verbänden zum **Thema Heizkosten** ein.

**Dienstag, 12. Februar, 17 Uhr,
Rathausaal Köpenick**

Energieberater Dipl.Ing. U. Kleemann, informiert über die Probleme und beantwortet Fragen. Interessenten sind willkommen.

kurz notiert

► Taktverdichtung Buslinie 170

Während einige Abschnitte der Strecke des 170er Busses bereits mit einem schnellen Takt im Zehn-Minuten-Rhythmus bedient werden, wird der Bereich in Treptow-Köpenick vor allem im 20-Minuten-Takt bedient. „Die Buslinie verbindet den Baumschulenweg mit den wichtigen U-Bahnlinien 6 und 7 sowie dem Rathaus Steglitz. Die Strecke ist stark frequentiert und die Busse daher im Berufsverkehr stark überfüllt“, erklärt Tino Oestreich, Antragsteller der Linksfraktion. Wenn der Zehn-Minuten-Takt auf die gesamte Strecke ausgedehnt würde, würde das nicht nur Wartezeiten verkürzen, sondern auch mehr Menschen dazu anregen, öffentliche Verkehrsmittel in Anspruch zu nehmen.

► Kein Alkohol auf Spielplätzen

Mit einer Allgemeinverfügung will das Grünflächenamt ein Alkohol- und Rauchverbot auf öffentlichen Spielplätzen durchsetzen. Auf allen Spielplätzen des Bezirksamtes werden an den Schildern zusätzlich entsprechende Piktogramme angebracht, heißt es dazu aus dem Amt.

Das „blättchen“ braucht Spenden!

Um die Kosten decken zu können, ist eine Spende von 25 Cent für jede Ausgabe notwendig. **Empfänger:** DIE LINKE Berlin **Konto:** 525 60 78 03 **BLZ:** 100 708 48 Berliner Bank AG Verwendungszweck: 502-810 oder direkt in beiden Geschäftstellen.

KONTAKT

Bezirksverband
Geschäftsstelle Köpenick
Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. (030) 6432 9776, Fax (030) 6432 9792
E-Mail: bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de
Öffnungszeiten:

Montag nach Vereinbarung,

Dienstag	von 10.00 bis 18.00 Uhr
Mittwoch	von 13.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstag	von 10.00 bis 16.00 Uhr
Freitag	von 10.00 bis 13.00 Uhr

Kassenzeiten:

Dienstag	von 10.00 bis 17.00 Uhr
Donnerstag	von 10.00 bis 16.00 Uhr

Geschäftsstelle Treptow

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. (030) 532 89 22, Fax (030) 532 89 22
Öffnungs- und Kassenzeiten:
Donnerstags von 13.30 bis 17.00 Uhr

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Telefon / Fax (030) 533 76 07
Telefon (030) 902 97 41 61
mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de
Sprechstunden jeweils:
Montag von 15.00 bis 18.00 Uhr
Dienstag von 12.00 bis 17.00 Uhr
Donnerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi
Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. (030) 63 22 43 57,
Fax (030) 63 22 43 58
gregor.gysi@wk.bundestag.de
Sprechzeiten:

Montag	von 13.00 bis 16.30 Uhr
Mittwoch	von 13.00 bis 16.30 Uhr

Das Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi bleibt geschlossen in der Zeit vom 4.–9. Februar 2013

www.dielinke-treptow-koepenick.de

ENSILUMI – DER ERSTE SCHNEE

Deutsch-Finnisches Künstler-Austauschprojekt

„ENSILUMI – Der erste Schnee“ ist ein Austauschprojekt von finnischen und deutschen Künstlerinnen. In dieses Bild von Freiraum und Neuanfang möchten die Initiatoren durch ihre künstlerische Arbeit Markierungen setzen. „ENSILUMI – Der erste Schnee“ transportiert den Besucher in eine neue Welt, einen unberührten Raum, eine neue Kraft der Sensibilität, die entdeckt werden will. Wie im Rhythmus der Natur begegnen sich die Künstlerinnen immer wieder. Sie inspirieren sich gegenseitig und lassen ihre Arbeiten immer wieder neu aufeinander reagieren. Abhängig von Ort, Raum und

Zeit. Das Projekt zeigt Werke, die das Poetische als ästhetischen „modus operandi“ verwenden. Dies geschieht durch vielfältige künstlerische Herangehensweisen – Zeichnung, Druckgrafik, Malerei, Objekt/Plastik, Installation und Performance. Durch dieses Projekt wollen die Veranstalter die neue finnische und die Berliner Kunstszene zusammenführen. Dabei soll der kreative Kontakt zwischen künstlerischen Anschauungen gefördert und dem Publikum in Berlin und Finnland eine thematische Ausstellung geboten werden.

Die Ausstellung in der GALERIE ALTE

SCHULE ADLERSHOF, Dörpfeldstraße 56
12489 Berlin, ist noch bis zum 9. März zu sehen.

ENSILUMI
der erste Schnee

ENSILUMI – DER ERSTE SCHNEE

Deutsch-Finnisches

Künstler-Austauschprojekt

ELINA FÖRSTI / CARINA GRANLUND / PETRA KOIVISTO / TIINA LAASONEN / ANTTJA PEHLE / ILKA RAUPACH / SIMONA SOARE
Malerei, Grafik, Zeichnung, Skulptur, Installation und Videoperformance

Weitere Infos unter:

www.galerie-alte-schule-adlershof.de

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++

Weitere Termine der Partei DIE LINKE finden Sie auf Seite 11

MO 11.2. 15:00 Uhr Beratung der AG Senioren zum Thema: Die Senioren- und gesundheitspolitischen Schwerpunkte in der politischen Arbeit der LINKEN in Treptow-Köpenick. Diskussionspartnerin Ines Feierabend, Stellv. Bürgermeisterin und Bezirksstadträtin für Gesundheit und Soziales, Gäste, vor allem aus Vereinen und Verbänden, sind herzlich eingeladen. Ort: Geschäftsstelle Brückenstraße.

DI 12.2. 19:00 Uhr Als Hollywood am Kalksee lag. Eine Zeitreise in die goldenen zwanziger Jahre vor die Tore Berlins nach Rüdersdorf und Woltersdorf, als dort der deutsche Stummfilm zu Hause war, von und mit Dr. Horst Mieth. Kulturbund Treptow, Ernststraße 14, Baumschulenweg.

MI 13.2. 17:00 Uhr „Geld regiert die Welt – wer regiert das Geld?“ Diskussionsveranstaltung der LINKEN mit Dr. Dietmar Bartsch, MdB

Stadttheater Cöpenick, Friedrichshagener Straße

MI 13.2. 18:30 Uhr Öffentliche Mitgliederversammlung der LINKEN Allende-Viertel mit dem Bezirksvorsitzenden Carsten Schatz, Allendeweg 1

FR 15.2. 18:00 Uhr Afrika-Abend – Ein Kontinent voller Überraschungen. Mit dem Duo Komarimba: Ellen Meyer, Kora und Lenjes Robinson, Drums. Jana Groß stellt Projekte für Kinder des Vereins „HilfsWaise e.V.“ vor und liest eigene Texte. Dr. Bärbel Wirbatz beschreibt die sozial-medizinischen Aktivitäten des Attat-Hospitals. Ort: Kulturküche Bohnsdorf, Dahmestraße 33

DO 21.2. 19:00 Uhr Satirischer Abend: Jetzt ham wa den Salat! Wolfgang Reuter präsentiert seine „Lesung am Klavier“. Ort: Kulturküche Bohnsdorf, Dahmestraße 33

SO 24.2. 10:00 Uhr Frühschoppen der LINKEN Oberschönevide mit Jugendstadtrat Gernot Klemm zum Thema: Situation der Jugendeinrichtungen im Großraum Schönevide. Ort: Gaststätte „Bierquelle“ Reinbeckstraße 2 / Ecke Wilhelminenhofstraße

SA 2.3. 10:30 Uhr Einfach leben – hüben wie drüben“ Frauenbiografien in Deutschland. Frühschoppen der LINKEN Spindlersfeld zum Internationalen Frauentag mit

Aufgrund der großen Nachfrage wiederholt der

Ernst-Busch-Chor Berlin sein Hanns Eisler Konzert anlässlich des 50. Todestages

am **23. Februar 2013**, um 15.00 Uhr im Kulturforum Hellersdorf

Carola-Neher-Straße.1, 12619 Berlin

Eintritt: 5 Euro

Kontakt: Dr. Ursula Joseph, Vorsitzende des Ernst-Busch-Chores Berlin

Dr. Erika Maier, in der Gaststätte „Zum Hauptmann von Cöpenick“; Oberspreestraße 148

SA 9.3. 10:30 Uhr Veranstaltung zum Internationalen Frauentag: „Buenos dias, du Schöne“ Frauen in der südamerikanischen Literatur. Eine Lesung mit Live-Musik.

Um ihre Freude am Leben, ihre starken Gefühle, Wut, Trauer, Leidenschaft, um ihre Art zu lieben und vor allen um sie, die starken Frauen, die Latinas, geht es in dieser Lesung mit Musik aus den Anden, vorgestellt von Elke Bitterhof, José Miguel Márquez und David Sandoval. Einlass ab 10 Uhr

Termine für den blättchen-Kalender bitte per Telefax an 64 32 97 92 oder an: petra.reichardt@die-linke-berlin.de

52. Skatturnier in Oberschönevide

am Sonntag, 10. Februar 2013, ab 10.00 Uhr

Gaststätte „Zur Post“, Schillerpromenade/Griechische Allee

Anmeldung bis: Freitag, 08. Februar

2013 unter Tel: 537 80 499

Rückfragen ggf. bitte unter

Tel: 0151 129 70 415